



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.392.244

Wien, am 11.Juli 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Dagmar Belakowitsch hat am 12. Mai 2023 unter der Nr. **15051/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Messerattacke in der Straßenbahn Margaretengürtel“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *In welchem Zustand befindet sich das Opfer dieser Messerattacke in der Straßenbahn am Margaretengürtel psychisch und physisch aktuell?*

Das parlamentarische Interpellationsrecht im Sinne des Art. 52 Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) in Verbindung mit § 90 Geschäftsordnungsgesetz 1975 betrifft die Überprüfung von Vollzugshandlungen. Die Anfrage bei einem Opfer hinsichtlich seines aktuellen psychischen und physischen Zustandes zum Zwecke einer Anfragebeantwortung stellt keine Überprüfung von Vollzugshandlungen des Bundesministeriums für Inneres dar.

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Welche Staatsbürgerschaft hat der mutmaßliche Täter dieser Messerattacke in der Straßenbahn am Margaretengürtel?*

- *Hat dieser mutmaßliche Täter Vorstrafen im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben, Eigentum bzw. gegen die einschlägigen Strafgesetze im Zusammenhang mit dem Missbrauch und Handel von Suchtgiften?*

Auf Grund des verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechtes auf Datenschutz (§ 1 Datenschutzgesetz) und auf Grund der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit (Art. 20 Abs. 3 B-VG) muss von einer Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden.

Zu den Fragen 4 bis 7:

- *Wie viele Messerattacken gegen Leib und Leben hat es seit dem 1.1.2020 in den Straßenbahnen am Margaretengürtel gegeben?*
- *Welche Staatsbürgerschaft hatten die mutmaßlichen Täter (Frage 4)?*
- *Wie viele Attacken gegen Leib und Leben mit anderen Gegenständen hat es seit dem 1.1.2020 in den Straßenbahnen am Margaretengürtel gegeben?*
- *Welche Staatsbürgerschaft hatten die mutmaßlichen Täter (Frage 6)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven manuellen Auswertung bzw. Aufschlüsselung im Sinne der Anfrage muss auf Grund des enormen Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung aus Gründen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen werden.

Gerhard Karner

